



Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Die Rolle des Privatsektors

Mit der Agenda 2030 einigte sich die internationale Gemeinschaft im Jahr 2015 auf einen umfangreichen Orientierungsrahmen. Als Kernstück zur Umsetzung gelten die „Nachhaltigen Entwicklungsziele“ (Sustainable Development Goals – SDG). Sie beinhalten soziale Ziele wie Armutsbekämpfung, Gesundheit oder Bildung ambitionierter als dies in der Vergangenheit der Fall war. Bis zum Jahr 2030 soll die weltweite Armut nun vollständig überwunden werden. Doch die SDG gehen inhaltlich weiter, sie verbinden die sozialen mit wirtschaftlichen und ökologischen Zielen. Sie gelten für reiche und arme Länder, betonen stärker die gemeinsame, aber differenzierte Verantwortung und gehen auf Fragen von Ungleichheit, Produktions- und Konsummustern ein.

Doch für die Umsetzung einer solchen Agenda braucht es hohe Investitionen. Kapitalmangel insbesondere in armen Ländern ist vielleicht das größte Hindernis für die Umsetzung der SDG. Finanzielle Ressourcen werden beispielsweise für die Kanalisation, Wasser- und Stromversorgung, Straßen, Nahrungsmittel, Bildung oder für die Anpassung an den Klimawandel benötigt. Innerhalb der SDG befasst sich ein eigenes Ziel mit den Fragen rund um die Finanzierung. Zwischen 3,3 und 4,5 Billionen US-Dollar sind laut der Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung jährlich an öffentlichen und

privaten, nationalen und internationalen Mitteln nötig, um den Finanzbedarf für die Umsetzung der SDG in Entwicklungsländern zu decken. Zum Vergleich: im Jahr 2015 betrug das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Deutschlands knapp 3,5 Billionen US-Dollar. Um die Finanzierungslücke bei den am wenigsten entwickelten Ländern (Least Developed Countries – LDC) zu schließen, müssten die reichen Industrieländer rund 150 Mrd. US Dollar jährlich an öffentlichen Mitteln bereitstellen. Das entspricht in etwa 0,25% ihres BIP.

Aber auch die öffentlichen Haushalte in den Industrienationen sehen sich immer weniger in der Lage, die notwendigen Ressourcen aufzubringen, um die Entwicklungsländer bei diesen Vorhaben zu unterstützen. Daher setzt die internationale Gemeinschaft verstärkt auf Kooperationen mit dem Privatsektor. Internationale Institutionen wie die Weltbank sowie nationale Ministerien und Durchführungsorganisationen der Entwicklungszusammenarbeit



aus den Industrienationen versuchen, das Potenzial der Privatwirtschaft für Entwicklungsländer zu mobilisieren. Gleichzeitig ist das Interesse der Privatwirtschaft an strategischen Allianzen mit der Entwicklungszusammenarbeit groß. Die Motivation besteht meist nicht allein aus sozialer Verantwortung sondern vielmehr auch aus handfesten wirtschaftlichen Interessen, z.B. bei der Erschließung neuer Zielgruppen oder eines neuen Marktes.

Entwicklungsfinanzierung und SDG

Das Potenzial privater Investitionen ist sehr groß. Reiche Menschen wie Bill Gates engagieren sich bereits mit großen Projekten. Abgesehen davon, dass auch diese Summen nicht ausreichend sind, fehlt es vor allem an einer gemeinsamen Vision und Strategie. Die Investitionen des Privatsektors in SDG-relevanten Sektoren sind insgesamt noch immer gering und nur ein kleiner Teil des weltweiten Investitionskapitals von Banken, Pensionsfonds oder Versicherungen, aber auch von transnationalen Konzernen geht in diese Sektoren. Vor allem in den ärmsten Entwicklungsländern, wo Ressourcen am dringendsten benötigt werden, sind sie besonders schwach.

Bei allem Optimismus sollte das Dilemma eines Engagements des Privatsektors gerade im Bereich der sozialen Dienstleistungen mit Nüchternheit analysiert werden. Das erste Dilemma betrifft das Risikomanagement: **Soziale Sektoren sind mit höheren Risiken behaftet und deswegen nicht attraktiv genug für die Privatwirtschaft.**



Mit diesem ersten Dilemma ist das zweite verbunden: **Ein breiter Zugang insbesondere für die Bevölkerung mit niedrigen Einkommen stimmt nicht immer mit den Profitinteressen privater Firmen überein.** Mit Wasserversorgung lässt sich beispielsweise schneller bei reichen Kunden in den Städten und Großstädten als bei armen Bauern auf dem Land Geld verdienen. Ein drittes Dilemma: **Der öffentliche Sektor und nicht der Privatsektor ist am Ende für die Versorgung mit sozialen Dienstleistungen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern rechenschaftspflichtig.** Insbesondere die Länder, die es am meisten brauchen, bekommen es am wenigsten: Arme Länder sind nicht attraktiv genug für Privatinvestitionen.

Welche Rolle kann und soll aber der Privatsektor insgesamt spielen? Angesichts des hohen Finanzbedarfs wird heute kaum noch bezweifelt, dass die Privatwirtschaft stärker in die Pflicht genommen werden muss. So soll die Privatwirtschaft mit Hilfe von spezifischen öffentlichen Politiken und Regulierungen dazu ermuntert werden, Investitionen in strategischen Bereichen der Nachhaltigkeit zu tätigen und so den SDG-Prozess zu unterstützen. Der zunehmenden Beteiligung des Privatsektors werden große Hoffnungen entgegen gebracht. In diesem Zusammenhang wird auch die Mobilisierung von Privatkapital mit Hilfe von öffentlichen Geldern als ein innovatives Finanzierungsinstrument identifiziert. Insgesamt soll der Privatsektor - auch mit Unterstützung von öffentlichen Mitteln - verstärkt dazu ermuntert werden, sich stärker als bislang in der Entwicklungsfinanzierung von armen Ländern zu engagieren. Die SDG-Agenda bietet dabei viele Möglichkeiten für ein privatwirtschaftliches Engagement: Neben den sozialen Sektoren Gesundheit und Bildung und dem Landwirtschaftssektor kann privates Kapital auch für Infrastrukturentwicklung und für Technologietransfer mobilisiert werden. Im Folgenden sollen einige SDG genauer beleuchtet werden, in denen die Rolle des Privatsektors und vor allem deren Ausgestaltung von besonderer Relevanz sind. Dabei geht es weniger um die SDG in den sozialen Sektoren, obgleich auch hier der Privatsektor involviert sein wird. Vielmehr soll es vor allem um die SDG gehen, in denen private Unternehmen eine zentrale Rolle einnehmen werden.

SDG 8: Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern

SDG 8 verbindet unter dem Stichwort Wirtschaftswachstum die zwei wichtigen Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit. In der Zielsetzung wird deutlich, dass zur Bekämpfung der Armut noch immer stark auf konventionelles Wirtschaftswachstum gesetzt wird. Eine Verbindung mit der ökologischen Dimension ist allein über den vagen Begriff „nachhaltig“ gegeben. Immerhin aber wird die soziale Dimension deutlicher benannt, als dies in der Vergangenheit geschehen ist. Hierauf deutet das Wort breitenwirksam hin, das im Englischen als „inclusive“ oder „pro-poor“ definiert wird. Es geht aber auch um die Qualität der Beschäftigung („menschenwürdige Arbeit“), die durch Investitionen generiert werden soll. Hier geht es unter anderem um Fragen von Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Sklaverei und Menschenrechtsverletzungen, die sehr häufig auch in Verbindung mit ausländischen Direktinvestitionen insbesondere der Förderung von Rohstoffen oder der Landwirtschaft stehen.

Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation zufolge sind mehr als 21 Mio. Menschen Opfer von Zwangsarbeit. 90% davon in der Privatwirtschaft (durch sexuelle Ausbeutung oder Beschäftigung in Heimar-

beit, Landwirtschaft, Bauindustrie und verarbeitender Industrie). Das Phänomen der Sklaverei ist dabei keineswegs auf die Entwicklungsländer beschränkt. Auch Gewerkschaften aus Italien, Frankreich oder Deutschland warnen vor Formen der modernen Sklaverei von MigrantInnen in der Agrarindustrie.

Darüber hinaus müssen aber auch Aspekte wie existenzsichernde Löhne unter dem Stichwort „menschwürdige Arbeit“ subsummiert werden. Etwa 1,3 Mrd. Menschen weltweit leben unter der Armutsgrenze von 3,10 US-Dollar pro Tag, obwohl sie einer Arbeit nachgehen. Davon leben sogar mehr als 300 Mio. Menschen trotz Arbeit in extremer Armut, d.h. sie besitzen weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag.

Maßgeblich für ein Engagement des Privatsektors zur Erreichung der SDG müssen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, die Arbeitsstandards der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sowie die Kinderrechtskonvention und weitere multilaterale Vereinbarungen zu Umweltfragen sein.

SDG 9: Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen



Bei diesem Ziel geht es um insgesamt drei strategische Aspekte, in denen der Privatsektor im Mittelpunkt steht: Infrastruktur, Industrialisierung und Technologie. Gerade im Bereich Infrastruktur ist die Finanzierungslücke zwischen Bedarf und tatsächlichen Investitionen besonders groß. In den Entwicklungsländern wird er auf 1 bis 1,5 Billionen US-Dollar jährlich geschätzt. Gleichzeitig ist der Mangel an einer funktionierenden Infrastruktur ein wichtiges Entwicklungshemmnis in armen Ländern. Dabei geht es auch nicht nur um Verkehrsinfrastruktur sondern auch um Bereiche wie Telekommunikation oder Energie- und Wasserversorgung. Insbesondere bei der Finanzierung von Infrastruktur wird angesichts leerer öffentlicher Kassen stark auf Mischfinanzierungen zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor gesetzt. Die bekannteste Form solcher Finanzierungen sind die öffentlich-privaten Partnerschaften (public-private partnership, PPP). Eine große Zahl verschiede-

ner Institutionen und Fonds ist in diesem Bereich aktiv, durchaus mit gemischten Erfahrungen. Bei weitem nicht immer kommt es zu Qualitätsverbesserungen oder Einsparungen für die Bevölkerung, nicht selten wird die Nutzung dienstleistungsnaher Infrastruktur sogar teurer. Andererseits ist eine Umsetzung der SDG im Infrastrukturbereich allein durch öffentliche Mittel nicht realistisch. Eine bessere Koordination der einzelnen Akteure und Projekte, eine einheitliche Strategie der öffentlichen Hand, die Gemeinwohlorientierung ins Zentrum stellt, und die Stärkung der institutionellen Kapazitäten in den Entwicklungsländern zur optimalen Ausgestaltung des privatwirtschaftlichen Engagements sollten daher im Mittelpunkt des Interesses stehen.

Ein weiterer zentraler Aspekt ist die Förderung einer nachhaltigen Industrialisierung. Die verarbeitende Industrie kann Jobs schaffen und so zur Armutsreduzierung beitragen. Sie schafft zudem Verbindungen mit lokalen Unternehmen in der vor- und nachgelagerten Produktion und kann so wichtige Entwicklungsimpulse auslösen. Gegenwärtig haben ausländische Direktinvestitionen in die verarbeitenden Industrien trotz steigender Tendenzen nur in wenigen Entwicklungsländern einen bedeutenden Anteil. China ist hier sehr viel aktiver und könnte eine wichtige Rolle einnehmen, falls die EU ihr Engagement nicht erheblich erhöht. Direktinvestitionen zugunsten von Agrar- und Rohstoffex-



porten erhöhen demgegenüber die starke Anfälligkeit für schwankende Preise in der wenig differenzierten Wirtschaftsstruktur der Länder.

Von zentraler Bedeutung ist jedoch auch die Förderung des lokalen Unternehmertums, insbesondere von dynamischen kleinen und mittelständischen Unternehmen gegenüber den großen internationalen Unternehmen. Solche Prozesse müssen ebenso mit einer gezielten Förderung von Infrastruktur- und gezielten Bildungsmaßnahmen für die höhere und Berufsbildung begleitet werden.

Um insgesamt die Verbindung aus ökonomischer und ökologischer Tragfähigkeit zu wahren, muss auch die Industrialisierungspolitik nicht nur zu einer sozio-ökonomischen, sondern auch zu einer ökologischen

Transformation beitragen. Angesichts der Herausforderungen in den drei Dimensionen der Nachhaltigkeit (sozial, ökonomisch und ökologisch) wird deutlich, dass staatliche Regulierung von zentraler Bedeutung in diesem Transformationsprozess sein wird. Der lange Zeit gültige neoliberale Ansatz eines weitgehenden Rückzugs des Staates aus der Wirtschaftspolitik hat zu großen Marktverzerrungen geführt und gerade den lokalen Privatsektor gegenüber großen multinationalen Konzernen benachteiligt.

SDG 12: Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen sicherstellen

SDG 12 hat ebenfalls eine sehr starke entwicklungspolitische Relevanz für die Privatwirtschaft vor allem bei der Sicherstellung nachhaltiger Produktionsmuster. Hier spielen die großen, weltweit agierenden Unternehmen eine wichtige Rolle. Denn ihre strukturelle Verantwortung hört nicht an den Häfen auf, an denen die Produkte, Zwischenprodukte und Dienstleistungen aus den Entwicklungsländern importiert werden. Ihre Wertschöpfungsketten sind global und mit der Globalisierung der Warenströme muss auch die Anwendung von Umweltstandards, Arbeits- und Menschenrechten globalisiert werden. Transparenz und Rückverfolgbarkeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette vom Rohstoff bis zum Endprodukt muss gewährleistet werden, um die Einhaltung dieser Standards nachprüfbar zu machen.

Damit jedeR einzelne von uns nachhaltig konsumieren kann, muss er oder sie die jeweilige Lebensweise und den Konsumstil hinterfragen. In vielen Bereichen sind wir aber auch abhängig von den Produktionsweisen der Unternehmen, die die Produkte anbieten. Vor diesem Hintergrund muss auch die Rolle und Haltung der Unternehmen untersucht werden, mit der sie auf die Politik Einfluss nehmen. Häufig sind es die großen

Unternehmen, die eine zukunfts-gewandte nachhaltige Politik ausbremsen oder verhindern.

Ausblick

Zweckmäßiger Optimismus bei den Entwicklungsinstitutionen bleibt verwunderlich angesichts der aktuellen Entwicklung ausländischer Investitionen in armen Ländern. Nimmt man das derzeitige Engagement des Privatsektors als Grundlage, ergibt sich eine Lücke von mehr als 1,6 Bio. US-Dollar jährlich, die insbesondere die am wenigsten entwickelten Länder betrifft. Insbesondere soziale Sektoren wie Bildung und Gesundheit erleben seit Jahren eine chronische Unterfinanzierung angesichts der rückläufigen Staatseinnahmen und der enttäuschenden Entwicklungen bei der Entwicklungshilfe. Noch immer sind es nur sehr wenige Länder, die das lange vereinbarte Ziel erreicht haben, 0,7 % ihres BIP in die Entwicklungszusammenarbeit zu investieren. Wenn die öffentliche Hand nun aus der Not heraus den Privatsektor stärker involvieren will, müssen dringend Vorkehrungen getroffen werden, dass solche Investitionen im Sinne der SDG ausgestaltet werden. Dazu gehören u.a. die Entwicklung von legal verpflichtenden Instrumenten, um die Tätigkeit von multinationalen Unternehmen zu regulieren und Menschenrechtsverletzungen auszuschließen, regelmäßige Wirkungsevaluierungen von Auswirkungen auf Umwelt, Menschenrechte und Gendergerechtigkeit im Vorfeld von Handels- und Investitionsvereinbarungen sowie von Investitionsschutzvereinbarungen im Rahmen von Freihandelsabkommen.

Literatur

Ansu, Yaw / Margaret McMillan / John Page / Dirk Willem te Velde (2016): Promoting manufacturing in Africa; African Transformation Forum 2016.
Martens, Jens / Wolfgang Obenland (2016): Die 2030-Agenda: Globale Zukunftsziele für nachhaltige Entwicklung, Herausgeber GPF und terre des hommes, Bonn/Osnabrück.
UNCTAD (2015): Investing in Sustainable Development Goals: Action Plan for Private Investments in SDGs.
Sustainable Development Solutions Network (2015): Investment Needs to Achieve the Sustainable Development Goals: Understanding the Billions and Trillions.

SÜDWIND

Seit 25 Jahren engagiert sich SÜDWIND e.V. für wirtschaftliche, soziale und ökologische Gerechtigkeit weltweit. Das Institut deckt ungerechte Strukturen auf, macht sie öffentlich und bietet Handlungsmöglichkeiten durch Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Gespräche mit den Verantwortlichen aus Politik oder Unternehmen, Engagement in Kampagnen und Netzwerken oder Beraten und Begleiten von Aktionen für VerbraucherInnen.



Impressum
Bonn, Dezember 2016

Herausgeber
SÜDWIND e.V.
Kaiserstraße 201 · 53113 Bonn
Tel.: +49(0)228-763698-0
info@suedwind-institut.de
www.suedwind-institut.de

Bankverbindung:
KD-Bank
IBAN: DE45 3506 0190 0000 9988 77
BIC: GENODED1DKD

AutorInnen:
Dr. Pedro Morazán, Irene Knoke

Redaktion und Korrektur:
Vera Schumacher
V.i.S.d.P.: Martina Schaub
Gestaltung: www.pinger-eden.de
Druck und Verarbeitung:
Brandt GmbH, Bonn
Gedruckt auf Recycling-Papier

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein SÜDWIND e.V. verantwortlich. Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL
im Auftrag des



Gefördert durch die



Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, durch den Evangelischen Kirchenverband Köln und Region sowie die Evangelische Kirche im Rheinland.